A14 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Gut bezahlt und gut vereinbar: Arbeit)

Antragsteller*in: LaVo

Antragstext

Erwerbsarbeit begleitet uns die meiste Zeit unseres Lebens, ist manchmal Berufung oder einfach Beruf. Sie weckt unsere Kreativität, gibt uns Freude und Anerkennung. Aber klar ist: In Thüringen bedeutet sie für viele Menschen auch Stress, Unsicherheit und Leistungsdruck. Wir wünschen uns eine gute Arbeit, die finanziell absichert, Freude bereitet und uns erfüllt. Thüringen hat hier einiges an Verbesserungen erreicht. Sehr viele Menschen arbeiten, die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück. Das Land hat erfolgreiche Unternehmen und den vierthöchsten Anteil aller Bundesländer an Beschäftigen in der produzierenden Industrie in der gesamten Bundesrepublik. Die Beschäftigungsquote von Frauen und Männern ist hoch, genauso wie die von Menschen über 55 Jahren. Das ist gut, doch nicht gut genug! Viele dieser Jobs sind geringfügig bezahlt, befristet, Teilzeit- oder Minijobs. Nach wie vor sind die Löhne im Osten, Thüringen eingeschlossen, niedriger als im Westen und nach wie vor werden Frauen in einigen Branchen geringer bezahlt als Männer. Gerade in den Branchen, wo Menschen für andere Menschen sorgen – besonders in den sozialen Berufen, in der Kranken- und Altenpflege – aber auch im Gebäudereinigungssektor, Fabrikarbeit, im Logistik- und im Sicherheitsgewerbe – sind die Löhne niedrig und die Arbeitsbedingungen schwierig. Häufig sind es Frauen, die diese Berufe ausüben. Zugleich gehören Überlastung und Stress zum Alltag. Oft ist es schwierig, Familie und Beruf miteinander zu vereinen. Um für alle Bevölkerungsgruppen eine faire Bezahlung zu gewährleisten, setzen wir uns ebenfalls dafür ein, Praktika in öffentlichen Stellen generell ab einer Mindestdauer von drei Wochen zu bezahlen und Unternehmen dazu anzuregen, es gleichzutun. Zugleich steigt das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen, viele werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Der Fachkräftebedarf steigt rasant, große Engpässe zeigen sich zum Beispiel in der Metallindustrie, im Handwerk oder in den Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufen. Die Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften ist also eine Zukunftsaufgabe. Wir wollen diese Veränderungen mitgestalten. Gute Arbeit für alle ist unser Ziel. Das bedeutet entschlossene Bekämpfung von Leiharbeit, Werkverträgen, sachgrundloser Befristung und anderer prekärer Beschäftigung, das bedeutet auch den Ausbau und die Stärkung der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung sowie die Ausübung öffentlichen und politischen Drucks auf alle Verantwortlichen in den Chef*innenetagen, welche die Gründung und die Arbeit von Betriebsräten behindern, sich Tarifverhandlungen verweigern oder die grundgesetzlich garantierte gewerkschaftliche Betätigung zu unterbinden versuchen.

Fachkräftesicherung und Attraktivität von Arbeit

Fachkräftesicherung erfordert die Zusammenarbeit aller Akteure – in Politik, Wirtschaft und Handwerk, in Sozialverbänden und Gewerkschaften, in der Arbeitsagentur und den Industrie- und Handelskammern. Die Arbeit der von der rot-rot-grünen Landesregierung ins Leben gerufenen Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung werden wir deshalb weiter unterstützen. Für uns BÜNDNISGRÜNE beginnt Fachkräftesicherung bereits in der Schule. Deshalb schlagen wir ein Wahlfach zur beruflichen Orientierung in allen Schulformen vor. In diesem Praxisorientierten Wahlfach können sich die Schüler*innen

beispielsweise zwischen den Bereichen Gesundheit/Soziales, Handwerk/Landwirtschaft oder Handel/Tourismus wählen. Am Beispiel des Handwerkes können so handwerkliche Fertigkeiten und Grundkenntnisse bereits viel früher vermittelt werden. Den Schüler*innen vermittelt das schon frühzeitig Perspektiven. Zur Abdeckung der Unterrichtseinheiten können Experten der Handwerkskammern bzw. wechselnde regionale Handwerksbetriebe eingesetzt werden. Die bauliche Erweiterung der Schulgebäude durch entsprechende Räumlichkeiten und Werkstätten soll durch den Freistaat gefördert werden. Die angemessene Förderung von Ausbildungsberufen ist auch eine Chance für ländliche Räume, junge Menschen auch in Regionen ohne Hochschule binden zu können. Das duale Ausbildungssystem muss gegenüber der akademischen Laufbahn attraktiver gemacht werden. Wir wollen, dass Meisteranwärter genau wie Studierende die Möglichkeit einer kostenfreien Meiterausbildung haben.

Handlungsbedarf besteht ebenfalls in den Bereichen gute tarifgerechte Bezahlung und Aufwertung der Fürsorgeberufe, gute Bedingungen in der Aus- und Weiterbildung, attraktive Arbeitsbedingungen und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Lohngefälle zu den alten Bundesländern muss beseitigt werden. Hier muss der Freistaat als betroffenes Bundesland mit niedrigerem Lohnniveau stärker einwirken. Gerade in den Sorgeberufen, in denen sich Menschen um andere Menschen kümmern, wird großartige Arbeit nur unzureichend vergütet. Die Aufwertung der Fürsorgeberufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, ist uns ein großes Anliegen. Nicht nur hier gilt: Arbeitgeber mit Tarifbindungbieten die attraktiveren Jobs. Aber nur etwa jeder fünfte Betrieb in Thüringen hat sich an einen Tarifvertrag gebunden. Deshalb werden wir die Tarifpartner dabei unterstützen und fordern vor allem von den Unternehmen, die Tarifbindung auszuweiten. Das geht nur mit starken Sozialpartnern und Gewerkschaften. Deren Engagement wollen wir fördern. Die öffentliche Hand muss in diesen Fragen als Vorbild agieren. Deshalb haben wir bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Verbesserungen beim Mindestlohn und bei sozialen und ökologischen Kriterien angeregt. Unternehmen dürfen künftig nur dann öffentliche Aufträge erhalten, wenn sie mindestens an branchenüblichen Tarifverträgen orientierte Vergütungen zahlen, die Nachunternehmerhaftung bejahen, sich in der Berufsausbildung engagieren und ein den Prinzipien der Nachhaltigkeit gerecht werdendes unternehmerisches Konzept belegbar darzulegen bereit und in der Lage sind. Wir wollen diese Veränderungen zeitnah auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und – wenn notwendig – weiter voranbringen. Bei der Anerkennung und Kompetenzfeststellung von ausländischen Fachkräften brauchen wir ein transparentes und zügiges Verfahren. Um ausländische Fachkräfte und die Unternehmen zu unterstützen, messen wir arbeits- und sozialrechtlichen Standards einen hohen Wert zu.Um diesen eine langfristige Perspektive und Erfolgschancen zu geben, sind Zugänge zu Integrationsangeboten, Sprache und Qualifizierung und die interkulturelle Öffnung unserer Thüringer Gesellschaft unerlässlich.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt viele Familien vor große Herausforderungen. Mal stimmen die Öffnungszeiten des Kindergartens nicht oder Eltern brauchen Unterstützung, um die Kinder zur Musikschule oder zum Sport zu bringen. Manchmal braucht es eine zusätzliche Hilfe bei den Hausaufgaben. All das will organisiert werden, neben der Arbeit, vielleicht sogar im Schichtdienst. Die Betreuung von Kindern und deren Freizeitgestaltung oder die Pflege von Angehörigen mit dem eigenen Beruf zu vereinbaren, geht oft einher mit

Zeitkonflikten und Schwierigkeiten mit dem Anspruch, den Bedürfnissen aller Familienmitglieder gerecht zu werden.

Familien leisten viel. Füreinander und für die Gesellschaft. Wir wollen, dass ihnen dabei nicht die Puste ausgeht. Viele Unternehmen reagieren bereits mit flexiblen Arbeitszeitangeboten oder mit besseren Möglichkeiten für Homeoffice und Telearbeit. Es ist Aufgabe der Politik, dafür geeignete Rahmenbedingungen zu setzen, welche auch den Arbeits- und Gesundheitsschutz beinhalten sowie dem Risiko der Selbstausbeutung der betreffenden Beschäftigten entgegenwirken. Hierzu sind die entsprechend beratenden und kontrollierenden Behörden und Institutionen personell und technisch anforderungsgemäß auszustatten.

Für die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie kann die Corona-Pandemie als Augenöffner dienen. Menschen auf dem Land werden Home-Office Arbeitsplätze stärker nutzen. Die notwendigen Rahmenbedingungen wollen wir schaffen. Thüringen kann hier ein attraktiver Wohnort für junge Familien sein, wo KiTa-Plätze verfügbar sind, Wohnraum günstig ist dazu gehört besonders die leistungsfähige digitale Infrastruktur.

Frauen leisten im Durchschnitt immer noch fast doppelt so viel häusliche Arbeit wie Männer. Phasenweise reduzieren sie für die Familie die Arbeitszeit und arbeiten Teilzeit. Sie haben dadurch weniger Möglichkeiten, Rücklagen aufzubauen, und häufig geringere Rentenansprüche. Frauen sind daher besonders durch Altersarmut gefährdet. Dabei wollen viele später wieder länger arbeiten. Für die Fachkräftesicherung ruht hier ein großes Potenzial. Wir wollen mit allen Partner*innen dazu beitragen, die Vollzeitquote von Frauen in den kommenden Jahren zu erhöhen und die dafür notwendigen Bedingungen in Thüringen zu schaffen. Außerdem müssen wir als Gesellschaft diskutieren, welche Arbeit uns wie viel wert ist. Die feministische Ökonomik birgt interessante Ansätze zur Anerkennung und Vergütung von Reproduktionsarbeit, Ehrenamt und Hausarbeit. Wir wollen diese Ansätze in BÜNDNISGRÜNE Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik mit einfließen lassen.

Teilhabe und betrieblicher Gesundheitsschutz

Wir haben schon viel erreicht: Das Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ (LAT) und die „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“ (ÖGB) ermöglicht inzwischen vielen Thüringer*innen die Chance einer Teilhabe am Erwerbsleben. Aber noch immer sind viele Menschen in Thüringen zu lange arbeitsuchend. Angepasste Programme, zum Beispiel für junge Mütter, für ältere Menschen, für Jobwechsler – gemeinsam mit Wirtschaft und Arbeitsagentur entwickelt – sollen beim schnelleren (Wieder-)Einstieg helfen. Dies wollen wir weiterentwickeln und fördern. Die regionale Vermittlung steht dabei im Vordergrund. Für Langzeitarbeitslose und Arbeitsuchende mit multiplen Hemmnissen werden wir Coachingprogramme ausbauen und zugleich die Angebote und Initiativen des Bundes für Thüringen nutzen. Zusätzlich muss das Land bedarfsgerecht nach aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen mit Umschulungsmaßnahmen unterstützen. Aktuell entfallen in Zulieferbetrieben der Automobilindustrie Arbeitsplätze. Hier werden Potentiale frei, die in Mangelberufen wie der Pflege oder dem Handwerk eingesetzt werden können. Die Diskussion über Modelle zum Grundeinkommen werden wir konstruktiv und aufgeschlossen aktiv vorantreiben.

Arbeit darf nicht krank machen. Die Arbeitskraft der Menschen lange zu erhalten, ist nicht nur für die Arbeitnehmer*innen wichtig, sondern liegt auch im

Interesse der Arbeitgeber*innen. Maßnahmen zum betrieblichen Gesundheitsschutz und zur Gesundheitsförderung, gerade für ältere Arbeitnehmer*innen, verdienen bessere Förderung. Dazu rufen wir ein Unterstützungsprogramm für die betriebliche Gesundheitsvorsorge ins Leben und schlagen die Gründung einer Beratungsagentur für betriebliches Gesundheitsmanagement vor. Wesentlicher Bestandteil des Gesundheitsschutzes ist der Schutz vor psychischer Belastung und Erkrankung. Präventionsmaßnahmen stehen an erster Stelle. Dazu gehört auch eine diskriminierungsfreie Arbeits- und Ausbildungswelt. Wir werden Fort- und Weiterbildungen von Gleichstellungsbeauftragten fördern und bei der Gleichstellungsbeauftragten des Landes eine unabhängige Stelle zur Vermeidung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz einrichten. Da sich das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz nur auf die Erwerbstätigkeit und das Privatrecht beschränkt, wollen wir die Lücken im Bereich des öffentlichen Handelns, wie bspw. im staatlichen Bildungswesen oder bei den Sicherheitsbehörden durch die Schaffung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes schließen. So wollen wir den Schutz vor Diskriminierungen jeglicher Erscheinungsform, egal ob aufgrund rassistischer Zuschreibungen, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der Sprache, der sexuellen und geschlechtlichen Identität oder des sozialen Status, verbessern und Chancengleichheit herstellen.